S A T Z U N G über die äußere Gestaltung baulicher Anlagen im Bereich des Bebauungsplanes "Weinberg 1" 3. Änderung

Gemäß §§ 5 und 51 Ziff. 6 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 1.7.1960 (GVBl. I S. 103) sowie der §§ 2 Abs. 1 und 9 Abs. 4 des Bundesbaugesetzes vom 23. 6. 1960 (BGBl. I S. 341) in der Fassung der Bekanntmachung vom 25.8.1976 (BGBl. I S. 2257) und des § 29 Abs. 4 der Hessischen Bauordnung hat die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Langenselbold am folgende Satzung beschlossen:

§ 1

1. Gebäudehöhen

Die Gebäudehöhen werden jeweils bergseitig von der höchsten Stelle des natürlichen Geländes an der Außenwand bis zum Schnittpunkt der Außenwand mit der Dachfläche gemessen und betragen:

1.1 für das Nutzungsgebiet WA

für das Erdgeschoß, Mitte Gebäude 3,50 m und
für das Obergeschoß ..... 6,75 m.

1.2 für das Nutzungsgebiet WA

1.21 Eingeschossige Bebauung bei ebenem Gelände = 3,75 m
bis 5 % terraingefälle = 3,50 m
über 5 % terraingefälle = 3,25 m

1.22 Zweigeschossige Bebauung

wie eingeschossige Bebauung
plus Geschoßhöhe von = 2,75 m.

Für das Dach ist eine Neigung von 24 bis 36° a.T. zulässig. Bei asymetrischen Dächern darf eine Dachseite nicht steiler als 30° sein. Die zweite Seite kann eine beliebige Neigung haben.
Kniestöcke oberhalb des zweiten Geschosses sind nicht zulässig.

3. Einfriedigungen

Einfriedigungen sind transparent zu gestalten und ohne massive Zwischenpfeiler, außer an Grundstücksecken und Grundstücksgrenzen herzustellen.
Straßenseitige Einfriedigung max. 1,00 m hoch, davon höchstens 0,30 m Sockel. Seitliche und rückwärtige Einfriedigung max. 1,20 m hoch.
Werden Stützmauern notwendig, so sind diese bis zu 1,00 m Höhe zulässig. Gemessen wird parallel zur Oberkante Gehweg bzw. Gelände-ausschnitt. Ist der Geländeunterschied höher als 1,00 m, so ist der Rest des Höhenunterschiedes nicht steiler als 1 : 2 abzuböschen.

4. Werbeanlagen:

Anlagen der Außenwerbung sind nur an Ort der Leistung zulässig. Sie dürfen nicht an oder auf Schornsteinen, Einfriedigungen, Balkonen, Vordächern, Dächern oder Bäumen angebracht werden. Freistehende Werbetafeln sind zulässig.
Die Anlagen der Außenwerbung müssen sich nach Umfang, Anordnung, Werkstoff, Farbe und Gestaltung den Bauwerken unterordnen und dürfen wesentliche Bauglieder nicht verdecken oder überschneiden. Unzulässig sind ferner Werbeanlagen mit blinkendem Licht, sich bewegende Konstruktionen, laufende Schriftbänder mit wechselnder Schrift und projezierte Werbebilder. Die Schriftshöhe darf max. 0,45 m nicht überschreiten.

§ 2

Inkrafttreten:

Diese Satzung tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Langenselbold, den

Bürgermeister

Begründung:

In dem rechtsgültigen Bebauungsplan "Weinberg 1" 1. Änderung ist in dem Gebiet "C" ein Sonderbaugebiet für Läden, Gaststätten, Büro- und Verwaltungsgebäude vorgesehen.
Dieses Gebiet war als kleines Neben-Versorgungszentrum für den östlichen Teil von Langenselbold gedacht.
Wegen der Höhenbegrenzung der Wasserversorgung muß das Baugebiet "Am Weinberg" verkleinert werden. Hinzu kam noch die auf Wunsch verschiedener Träger öffentlicher Belange durchgeführte Umplanung der ursprünglich vorgesehenen Geschoßbauten in kleingliedrige Bebauung, vor allem im Bereich des Bebauungsplanes "Weinberg 2".
Dadurch wurde das Einzugsgebiet für das geplante Nebenzentrum stark verringert. Auch wegen der starken Ausstrahlung der in alten Ort ansässigen Gewerbetreibenden war die für das Nebenzentrum auf vorgesehene Fläche zu aufwendig. Dies geht eindeutig aus einem Fachgutachten hervor.
Mit Beschlüssen der Gemeindevertretung in den Jahren 1979 und 1980 wurde demzufolge eine Änderung der ehemaligen Grundstücksparzelle 450 von Sonderbaugebiet in allgemeines Wohngebiet beschlossen.
12. Änderung des Bebauungsplanes Weinberg 1). Das verbleibende Grundstück sollte damals Sonderbaugebiet bleiben. Irrtümlicherweise wurde beschlossen auch diesen Bereich zu ändern.
Die Parzelle 370 sollte der Schulerweiterung dienen.
Der Main-Kinzig-Kreis als Schulträger hat der Stadt jetzt mitgeteilt, daß nach den Schulentwicklungsplan kein Bedarf für Schulerweiterungsgelände besteht. Dieses Gelände wird zu Wohngebiet umgewidmet.
Alle drei Änderungen sind in der 3. Änderung des Bebauungsplanes "Weinberg 1" zusammengefaßt.

Bearbeitet: von der Stadtverordnetenversammlung Langenselbold in ihrer Sitzung vom 19.12.1985

Offengelegt: den Bebauungsplanes mit Begründung gem. § 3 (2) BBauG nach Bekanntmachung am 5.12.86 in der Zeit vom 9.2.86 bis 9.3.86

Beschlossen: als Satzung gem. § 10 BBauG durch die Stadtverordnetenversammlung am 19.3.86

Genehmigt: gemäß § 11 BBauG durch den Regierungspräsidenten in Darmstadt

Verkündet:

Die Genehmigung des Bebauungsplanes wurde gem. § 12 BBauG in Verbindung mit § 6 Abs. 4 der Hauptsatzung der Stadt Langenselbold vom 09.12.1981 ortsüblich durch Veröffentlichung in der Langenselbold Zeitung Ausgabe vom 31. Juli 1986 bekanntgemacht.
Der Bebauungsplan ist somit am 01. August 1986 rechtskräftig geworden.

Der Bürgermeister

Genehmigt
mit Vfg. vom 22. MAI 1986
Az. V/3-61 d 24/01
Darmstadt, den 27. Mai 1986
Der Regierungspräsident
Im Auftrag

ZEICHENERKLÄRUNG:

- GELTUNGSBEREICH DES BEBAUUNGSPLANES
- BAUGRENZE
- VORHANDENE GRUNDSTÜCKSGRENZE
- GEPLANTE GRUNDSTÜCKSGRENZE
- VERKEHRSFLÄCHE BESONDERER ZWECKBESTIMMUNG
- BÖSCHUNG
- a offene
- ART DER BAULICHEN NUTZUNG
- als Allgemeines Wohngebiet
- MAX. VOLLGESCHOSSE
- GESCHOSSFLÄCHENZAHL
- GRUNDFLÄCHENZAHL
- MITTELKNOCHENER
- PARKPLÄTZE
- STRAßENBEGLEITGRÜN
- BÄUME IN REIHE

GEMEINDE LANGENSELBOLD

BEBAUUNGSPLAN WEINBERG 1
3. Änderung

MASSTAB 1:1000

ÜBERSICHTSPLAN

MASSTAB 1:10 000

Übereinstimmung mit der Liegenschaftskataster

Ich bestätige hiermit, daß zur Aufstellung des Bebauungsplanes Planunterlagen benutzt wurden, deren Übereinstimmung mit dem Liegenschafts-kataster durch das Katasteramt bescheinigt worden ist.

Hanau, den 24.4.1986